Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

30.9.1922 (No. 228)

Visual Library

№ 228 Samstag, den 30. September 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 M — Einzelnummer 4 M — Anzeigengebühr: 6 M für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

An die Leser!

Die Zeitungen sind gezwungen, auch vom 1. Oktober ab wiederum die Preise erheblich zu erhöhen. Die Teuerung schreitet fort und nötigt jedes Geschäft, das nicht zugrunde gehen will, ihr zu folgen. Die Zeitungen können sich zur Ehre nachsagen, daß sie in diesen Zeiten des Umsturzes aller Werte nie besondere Vorteile für sich erstrebt haben. Sie haben sich an der Jagd nach Kriegsgewinn nicht beteiligt, haben als Dienerinnen der Allgemeinheit stets Teuerung und Wucher bekämpft und durch ihr eigenes geschäftliches Verhalten bewiesen, daß ihnen dieser Kampf ernst war und nicht bloß auf dem Papiere stand. Auch wenn jetzt der Preis erhöht wird geschieht es nur in dem unbedingt nötigen Maße, wie jeder Leser selbst nachrechnen kann, wenn er den Bezugspreis mit dem Papierpreis vergleicht. Jener ist etwa auf das 200fache gestiegen, das Papier aber ist 350mal, ab 1. Oktober voraussichtlich das 500fache teurer geworden; dabei macht das Papier den größten Teil der Ausgaben aus, die ein Zeitungsbetrieb hat. Die Presse kämpft einen furchtbar schweren Kampf und kann sich nur behaupten, wenn ihr die Leser treu bleiben.

Karlsruhe i. B., im September 1922.

Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger E. V.

* * *

Die Unterzeichneten Karlsruher Zeitungsverlage sind genötigt, auf Grund der allzubekannten Teuerungs-Verhältnisse ihre Bezugspreise ab 1. Oktober zu erhöhen.

Karlsruhe, den 29. September 1922.

Verlag des „Badischen Beobachters".
Verlag der „Badischen Presse".
Verlag des „Karlsruher Tagblattes".
Verlag der „Karlsruher Zeitung".
Verlag des „Residenz-Anzeigers"
Verlag des „Volksfreunds".

Amtlicher Teil.

Kredite zum Einkauf von Lebensmitteln.

** Das Finanzministerium hat in den letzten Tagen im Auftrag der badischen Regierung mit der Reichsbank Verhandlungen geführt mit dem Ziele, die Versorgung unserer städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln, Obst usw., und der ländlichen Bevölkerung mit Saatgut und Düngemitteln sicherzustellen. Diese Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Reichsbank sich bereit erklärt hat, den großen landwirtschaftlichen Verbänden und den größeren badischen Städten für die eben bezeichneten Zwecke einen Kredit von insgesamt 500 Millionen zur Verfügung zu stellen, wenn die badische Regierung die Bürgschaft für diesen Betrag übernimmt. Das badische Staatsministerium hat der Bürgschaftsübernahme zugestimmt. Die Verhandlungen mit den Organisationen wegen der Einzelheiten der Durchführung des Kreditabkommens sind aufgenommen und werden in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Die zu gewährenden Darlehen dürfen zu keinem andern als dem obengenannten Zwecke verwendet werden.

* England und Kemal Pascha.

Es ist wahrscheinlich ein Fehler gewesen, daß die Orientkonferenz der Regierung von Angora gleich von vornherein die Überlassung von Ost-Thrazien mit Einschluß Adrianopels zugesagt hat. Damit hat man Kemal Pascha nicht etwa ruhiger und versöhnlicher gestimmt, sondern nur noch selbstsicherer gemacht. Man hat geradezu eine Prämie auf die Anmaßung gesetzt und braucht sich jetzt nicht zu wundern, wenn Kemal Pascha die Beschlüsse der Orientkonferenz als ein Eingeständnis der Schwäche der Entente auffaßt und darnach handelt. England wird man aus alledem kaum einen Vorwurf machen können, da nicht England, sondern Frankreich und mit ihm Italien dieses Entgegenkommen auf der Orientkonferenz durchgedrückt haben.

Natürlich hat man durch jenes Entgegenkommen auch das griechische Volk vor den Kopf gestoßen. Und mag auch die griechische Politik falsch und gefährlich, der Zustand der Armee überaus verlottert gewesen sein, so sieht man doch jetzt, daß sich die besseren Elemente im Griechentum aufraffen, um wenigstens noch das zu retten, was zu retten ist, nämlich Thrazien. Ganz von selbst aber haben sich infolge der Hartnäckigkeit Kemal Paschas die Dinge so entwickelt, daß die Griechen und die Entente im Augenblick faktisch an demselben Strange ziehen. Denn letzten Endes berühren sich die Interessen beider doch in dem entscheidenden Punkt. Eine Eroberung Thraziens mit bewaffneter Hand ist praktisch nur möglich, wenn die neutrale Zone von Kemal Pascha mitbesetzt wird. Die Entente, vor allem aber England, fordert kategorisch die Respektierung der neutralen Zone; allerdings nicht etwa aus Liebe zu Griechenland, sondern aus Gründen des eigenen Prestiges. Aber immerhin: wenn die Meerengen bezw. die neutrale Zone militärisch verteidigt werden müssen, besorgen die Verteidiger gleichzeitig, ohne es zu wollen, ein den Griechen wohlgefälliges Werk.

Allerdings hat sich inzwischen auf dem Balkan eine neue Konstellation ergeben. England scheint Griechenland endgültig fallen gelassen zu haben. Die griechischen Greueltaten in Kleinasien und Thrazien, der moralische Zusammenbruch der griechischen Armee haben in London einen derartig schlechten Eindruck gemacht, daß man offenbar Griechenland als Plus-Faktor aus der politischen Rechnung gestrichen hat. An seine Stelle ist, wenn die letzten Nachrichten zutreffen, Jugoslavien getreten. Man spricht davon, daß ganz bestimmte Verträge zwischen London und Belgrad abgeschlossen worden sind, die ein gemeinsames politisches und militärisches Handeln auf dem Balkan zur Grundlage haben.

Da Jugoslavien seine Mithilfe nicht umsonst versprochen haben wird, ist wohl anzunehmen, daß England gewisse Gebiete West-Thraziens der Belgrader Regierung in Aussicht gestellt hat. Griechenland wird davon natürlich nicht erbaut sein. Auch die neue Konstellation zeigt jedenfalls, wie überaus schwierig das ganze Problem ist, und wie notwendig es wäre, dieses Problem schiedlich-friedlich zu lösen. Kemal Pascha hat durch sein Verhalten eine solche Lösung einstweilen unmöglich gemacht. Und nach den neuesten Meldungen stehen wir ja bereits unmittelbar vor dem Ausbruch eines englisch-türkischen Krieges.

Daß England sich das ständige Herumfuchteln vor seiner Nase nicht auf die Dauer gefallen lassen kann, stand ja von vornherein fest. Und so hat denn auch die Londoner Regierung Kemal Pascha ein Ultimatum gestellt, in welchem die Türken aufgefordert werden, die neutrale Zone sofort freiwillig oder unfreiwillig zu räumen.

An sich hat Kemal Pascha die Beschlüsse der Orientkonferenz offiziell noch nicht beantwortet. Wenigstens wird solches von englischer Stelle behauptet. Andererseits aber hat er ganz bestimmt in London erklären lassen, daß es für ihn keine neutrale Zone gebe, und daß er von England die Einstellung der Truppensendungen erwarte. Da auch sonst die Sprache Kemal Paschas England gegenüber mehr als herausfordernd ist, wird man wohl die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens im europäischen Orient aufgeben müssen.

Damit rückt das Interesse an den militärischen Voraussetzungen der Lage in den Vordergrund. Wie es heißt, soll Kemal Pascha im ganzen über etwa 80 bis 100 000 Mann in Kleinasien verfügen. Davon seien etwa Dreiviertel bereits auf dem östlichen Ufer der Meerengen konzentriert. England soll über etwa 25 bis 30 000 Mann verfügen. Unterstützt wird diese Truppenmacht zu Lande durch eine starke Schlachtflott und durch mehrere Flugzeuggeschwader. Ziffernmäßig ist also England Kemal Pascha unterlegen. Aber diese Unterlegenheit wird wohl ausgeglichen durch die Anwesenheit der Flotte. Bei einem wohlüberlegten und geschickten Zusammenwirken der britischen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft könnte sich militärisch eine Situation ergeben, die Kemal Pascha zwingt, den Gedanken an eine Forcierung der Meerengen aufzugeben.

Daß ein Teil der europäischen öffentlichen Meinung in Europa und zwar auch in Deutschland, das Unternehmen Kemal Paschas mit Sympathien verfolgt, ist bekannt. Aber wir meinen, daß diese Sympathien den Blick für politische Notwendigkeiten und für gewisse Imponderabilien nicht beeinträchtigen dürften. Politisch sind die Forderungen Kemal Paschas nichts anderes, als eine gefährliche Brandstiftung, deren Folgen unter Umständen ganz Europa zu tragen haben müßte. Was aber jene Imponderabilien betrifft, so vergesse man nicht, daß Konstantinopel bis 1453 eine abendländische Stadt gewesen ist und daß Jahrhunderte hindurch die Zurückdrängung der asiatischen Osmanen aus Europa als eine traditionell geheiligte Forderung gegolten hat. Der Tag, an dem die mohammedanischen Übermalungen der Wandflächen der Hagia Sofia in Konstantinopel wieder beseitigt würden, und dieser schönste Kirchenbau Europas wieder dem Christentum zurückgegeben würde, wäre ja wahrlich nicht nur für kunstästhetisch interessierte Kreise ein Fest.

Als Brückenkopf auf dem westlichen Ufer des Bosporus ließe sich Konstantinopel ja doch nicht auf die Dauer halten. Eine europäische Türkei ist nur denkbar, wenn sie über größere Gebiete in Europa verfügt. Daß es dazu aber noch einmal kommen wird, ist wohl nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Und endlich wollen wir bei aller Anerkennung der guten Charaktereigenschaften des Türken doch auch daran denken, daß sich das türkische Reich bisher als unfähig zur Schaffung einer wirklichen Zivilisation erwiesen hat. Der Osmane ist ein guter Bauer und ein guter Krieger. Und auch sonst ein ehrlicher Mann. Aber für die Forderungen der Zivilisation, für Handel, Industrie und Technik, für die Erfordernisse einer geordneten Verwaltung und eines geordneten Verkehrs hat er wenig übrig. Es ist ganz gut, sich auch einmal diese Seite der Medaille zu betrachten, wenn man gefühlsmäßig zu der Aktion Kemal Paschas Stellung nehmen will.

Offen bleibt jetzt noch die Frage, was Frankreich tun wird. Frankreich möchte offenbar gern beiden Teilen gerecht werden. Es möchte den türkischen Ansprüchen, soweit diese auch nur annähernd gerechtfertigt sind, zum Siege verhelfen, gleichzeitig aber auch die Interessen des Abendlandes und das Bündnis mit England nicht preisgeben. Und so liest man denn zurzeit in Pariser Blättern Artikel, die England und Kemal Pascha beschwören, sich auch jetzt noch, fünf Minuten vor zwölf, friedlich zu einigen. Aber wir glauben, daß diese Beschwörungen zwecklos sind. Falls Kemal Pascha nicht noch in der allerletzten Minute einlenkt, wird es zum Kriege zwischen England und der Türkei kommen müssen. Und es ist wohl undenkbar, daß Frankreich dann England gegenüber weniger als eine wohlwollende Neutralität bekundet.

Badische Wochenrückblicke.

Die Not in den Städten wird immer größer. Geldnot herrscht in allen Betrieben, die Auszahlung der Gehälter und Löhne wird zu einer immer schwierigeren Frage, die Not der Beschaffung von Lebensmitteln für die weitesten Schichten der Bevölkerung wird immer größer. Über dem Volks- und Wirtschaftsleben lastet schwerer Druck.

*

Die Regierung meldet fast täglich neue Verordnungen und Maßnahmen zur Behebung der äußersten Mißstände und Nöte. Gestern erst brachten wir einen Leitartikel des badischen Innenministers Remmele über die mangelnde Milchversorgung der Städte, worin er sich in klaren und eindringlichen Darlegungen vor allem für einen Kampf gegen die ramponierte Moral und für einen ernsten Willen zur Anerkennung des Grundsatzes: „Leben und leben lassen!" einsetzt.

*

Während im Lande Agenten von Dorf zu Dorf ziehen und Milch und Butter zu jedem Preise aufkaufen, stockt die Milchzufuhr nach den Städten immer mehr. Die Stadtkinder beginnen zu hungern und die Kleinsten, die eben ein Alter von vier Jahren überschritten haben, können keine Milch mehr gereicht bekommen. Das führt zu einem in der Folgezeit sich erst bemerkbar machenden Siechtum. Die Landbevölkerung muß Verständnis für die Notlage der Stadtbewohner haben. Sie muß, wie es in dem Artikel heißt, vor allem wissen, daß sie auch schwere Pflichten der Allgemeinheit gegenüber trägt.

*

Zur Sicherstellung der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln, Obst usw., sowie der ländlichen Bevölkerung mit Saatgut und Düngemitteln, hat das Finanzministerium in den letzten Tagen im Auftrage der badischen Regierung mit der Reichsbank Verhandlungen geführt. Danach hat sich die Reichsbank bereit erklärt (wie auch aus dem amtlichen Teil unserer heutigen Ausgabe zu ersehen ist), den großen landwirtschaftlichen Verbänden und den größeren badischen Städten für die bezeichneten Zwecke einen Kredit von insgesamt 500 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, wenn die badische Regierung die Bürgschaft für diesen Betrag übernimmt. Die Bürgschaft hat die badische Regierung auch bereits übernommen. Die Verhandlungen mit den Organisationen wegen der Einzelheiten der Durchführung des Kreditabkommens sind bereits im Gange.

*

Die Obsternte ist dieses Jahr eine recht gute. Um eine intensivere Beschickung der Städte mit Obst zu veranlassen, hat das Reichsverkehrsministerium die Frachtsätze für frisches Stein- und Kernobst, mit Gültigkeit vom 25. September ab bedeutend ermäßigt. So als Stückgut zu den um 50 v. H. ermäßigten Sätzen der allgemeinen Stückgutklasse I unter Aufrundung auf volle 10 Pf. Wagenladungen zu den Sätzen und Bestimmungen der Klassen C, Cn 10 und Cn 5. Die gleichen Frachtsätze bleiben auch nach dem 1. Oktober bis auf weiteres vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs in Geltung. Die Obstbeförderung bleibt also von der Tariferhöhung am 1. Oktober verschont. Die Ermäßigung wird auch auf den Bodenseegüterverkehr zwischen deutschen Bodenseestationen ausgedehnt. Ferner wird im Bodenseegüterverkehr mit sofortiger Gültigkeit der Ausnahmetarif für Kartoffeln bei Aufgabe als Frachtstückgut eingeführt.

*

Bedauerlicherweise wanderte viel Obst von den Märkten oder den landwirtschaftlichen Produzenten in die Brennereien. Dem ist von Regierungsseite bald wirksam gegenüber getreten worden. Nachdem das badische Ministerium des Innern bereits im Juli die Herstellung von Brannt-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

wein aus Obst – mit Zustimmung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft verboten hatte, hat das Reichsministerium dieses Verbot ebenfalls ausgesprochen. Hiernach ist künftighin die Verarbeitung von Obst zu Branntwein durch Reichsverordnung allgemein verboten. Das badische Ministerium des Innern hat nur die Verarbeitung von Brennkirschen, von Fall- und Steinobst, das zum Frischgenuß oder zu Marmeladezwecken nicht geeignet ist, sowie von Trestern zu Branntwein genehmigt. Auch ist nunmehr die Verwendung von inländischem Zucker zur gewerblichen Herstellung von Branntwein und branntweinhaltigen Getränken aller Art (Likör und Schaumwein) sowie die Lieferung und der Erwerb von inländischem Zucker für diese Zwecke verboten. Zu begrüßen ist, daß Polizei und Gendarmerie, sowie die Preisprüfungsstellen die Einhaltung dieser Vorschrift streng überwachen werden. So hofft man, wenigstens die äußersten Mißstände wesentlich gemildert zu haben.

*

Daß unglaublicher Wucher am Volksgut — im Hinblick gerade auf die Obstversorgung — getrieben worden ist, zeigen zwei Inserate des „Praktischen Ratgebers für den Obst- und Gartenbau", welche wir hier doch anführen möchten:

„Ohne Risiko durch günstige Valuta!
Alte, renommierte Firma sucht Abnehmer gegen Provision und Bankkreditiv in
England, Holland, Skandinavien
für 500 Waggons prima Herbst- und Winterbirnen, Tafeläpfel, Zwetschgen, Mostäpfel. Prima Referenzen vorhanden. Angebote unter D. M. 2609 an Rud. Mosse, Dresden.

200 Waggons Mostäpfel.
Alte, renommierte Firma mit besten Referenzen sucht Abnehmer in Frankreich, England, Holland gegen Provision und Bankkred. Sehr billig infolge günstiger Valuta. Angebote unter D. N. 2809 an Rudolf Mosse, Dresden."

*

Daß die badische Regierung es sich angelegen sein läßt, dort, wo wirkliche Not zu Tage tritt, helfend einzugreifen, sofern nur überhaupt die beschränkten Geldmittel ihr solches gestatten, beweist die Hilfsaktion der badischen Regierung für die badische Presse. Auf Antrag des Finanzministeriums hat die Regierung dem Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger zur Beseitigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die für die Zeitungsverlage durch die Verschärfung der Zahlungsbedingungen der Papierfabriken entstanden sind, ein Darlehen bis zum Betrag von 50 Millionen Mark gewährt. Wir haben bereits geschrieben, daß über die Verwendung dieses Darlehens zwischen dem Finanzministerium und dem Verlegerverein ein Vertrag abgeschlossen worden ist. Diese Hilfsaktion gibt den badischen Verlegern die Möglichkeit, die derzeitigen besonders schwierigen Kreditverhältnisse zu mildern. Wenn auch durch diese bedeutungsvolle Maßnahmen die Verleger eines erheblichen Teiles ihrer gegenwärtigen Sorgen enthoben sind, so bleiben begreiflicherweise für die Verleger doch noch weitere große Schwierigkeiten. Jedenfalls wird aber den Verlegern die Überwindung dieser Schwierigkeiten wesentlich erleichtert durch die Überzeugung, bei der badischen Regierung nicht nur Verständnis für ihre Lage, sondern auch entsprechende Hilfe gefunden zu haben.

*

Daß sich die Steigerung der Geldnot auf allen Gebieten ausgewirkt hat, haben wir ja kürzlich an anderer Stelle schon besprochen. So ist neuerdings eine Absatzstockung im Schuhhandel eingetreten, da die Kaufkraft des Publikums, dessen Einkommen nicht in dem Maße wie die Geldentwertung gestiegen ist, erheblich abgenommen. In einem Aufruf des Vereins pfälzischer Schuhwarenhändler an seine Lieferanten heißt es: „Die Verhältnisse auf dem Schuhmarkt haben sich in besorgniserregender Weise zugespitzt. Die Preise der Schuhwaren haben, hervorgerufen durch die Entwicklung der Devisenpreise und die von den Händlern unter dem Zwang der Verhältnisse erteilten Aufträge zu freibleibenden Preisen eine außerordentliche Höhe erreicht. Der Schuhhandel sieht sich einer Absatzstockung gegenüber, die um so schwerwiegender ist, als die finanziellen Verpflichtungen der Händler infolge der Aufträge zu freibleibenden Preisen in einer Weise zugenommen haben, die bei Erteilung der Aufträge nicht im entferntesten vorauszusehen war. Dadurch sind Verhältnisse geschaffen, die unbedingt zum Ruin des Schuhhandels führen müssen. Anstatt diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen, überschütten jetzt viele Fabrikanten die während des Steigens der Preise ihrer Lieferungspflicht nur zögernd nachgekommen sind, die Händler mit Waren zu Preisen, die der Aufnahmefähigkeit des Publikums nicht angepaßt sind. Die Mitglieder des pfälzischen Schuhhändlervereins sehen sich hierdurch gezwungen, von Abschlüssen zu freibleibenden Preisen nur noch solche Mengen und zu solchen Preisen abzunehmen, die eine Absatzmöglichkeit gewährleisten."

*

In all diesen Nöten bedeutet der Verlauf des „alemannisch-pfälzischen Sonntags" einen schönen Trost. Bemerkenswert war vor allem dabei die Rede des badischen Staatspräsidenten Dr. Hummel. Sein Ruf nach einem geeinigten Volkstum, trotz aller äußeren und inneren Not, ist sicherlich nicht ungehört verhallt. Die Kraft des deutschen Volkes und der deutschen Nation, der Wille zum Aufbau ist nicht gebrochen. Die wirtschaftlichen Nöte treffen alle Stämme gleich — es müssen die Länder zusammenstehen und in den einzelnen Landteilen Stadt und Land. — e.

Politische Neuigkeiten.

Ein englisches Ultimatum an die Türkei.

Der „Petit Parisien" meldet aus London, daß im Laufe dieser Nacht in einem Telegramm an Sir Harrington die britische Regierung die Forderung ausdrückt, daß die **Türken** sofort aufgefordert werden sollen, die **neutrale Zone freiwillig oder unfreiwillig zu räumen.** Dieses Telegramm wird im allgemeinen als ein Ultimatum seitens der Engländer an die Türken angesehen und man rechnet in zahlreichen Morgenblättern mit dem **bevorstehenden Krieg.** Das Telegramm soll vor allem noch hinzufügen, daß, welches auch die Maßnahmen sein würden, die General Harrington ergriffe, um ein positives Resultat zu erzielen, er der Unterstützung und Billigung der ganzen englischen Regierung von vornherein sicher sein könne. Es ist also anzunehmen, daß Harrington von seinem Recht Gebrauch machen und Mustafa Kemal ein Ultimatum überreichen wird.

Englische Truppenverstärkungen.

Ein englisches Infanteriebataillon und 1000 Mann der britischen Luftstreitkräfte sind in Konstantinopel eingetroffen.

Türkische Flüchtlinge an der bulgarischen Grenze.

Wie die Bulgarische Telegraphenagentur meldet, sammeln sich **Flüchtlinge türkischer** Nationalität massenweise an der **Südgrenze Bulgariens.** Viele griechische, armenische und jüdische Flüchtlinge aus Konstantinopel, Brussa und anderen Orten bitten um Einreise nach Bulgarien. Sie haben so schnell flüchten müssen, daß es ihnen unmöglich war, sich die zur Einreise erforderlichen Unterlagen zu beschaffen. Die bulgarische Regierung hat die Grenzbehörden angewiesen, alle Flüchtlinge ohne Unterschied der Nationalität, die Grenze überschreiten zu lassen und ihnen alle mögliche Hilfe zu gewähren. Ungeachtet der schwierigen Lage Bulgariens will die bulgarische Regierung den Flüchtlingen Gastfreundschaft und Hilfe gewähren.

Kurze polit. Nachrichten.

* **Wiedereinführung des deutschen Unterrichts in Amerika.** Die Organisation der Steuben-Gesellschaft in Paterson im Staate **New Jersey** hat dem dortigen Schulrat eine von 2330 Bürgern unterzeichnete Petition eingereicht, in welcher die Wiedereinführung des **deutschen Unterrichts in der Hochschule** verlangt wird. Gegen diese Wiedereinführung war von nativistischer Seite Widerspruch erhoben worden. Die Gesellschaft wird verlangen, daß mit dem deutschen Unterricht bereits bei Anfang des neuen Semesters begonnen wird. Mit wenig Ausnahmen haben die Schulräte des Landes das Verbot des deutschen Unterrichts, wo ein solches bestand, wieder aufgehoben. In einigen Städten, wie z. B. in Buffalo und Binghamton im Staat Newyork, wurde ein solches Verbot niemals erlassen. In der Stadt Newyork wurde der deutsche Unterricht schon vor einem Jahre wieder eingeführt, ebenso in Newark und andern Plätzen des Staates New Jersey.

* **Internationale Antwortscheine.** Nach den für den Weltpostverkehr geltenden Vorschriften kann der Absender eines Briefes die Gebühr für die Antwort vorausentrichten, indem er seinem Schreiben einen Antwortschein neuer Art (Umtauschwert 50 Centimes) oder **zwei Antwortscheine** alter Art (Umtauschwert 25 Centimes) beifügt. Bei den deutschen Postanstalten werden bis auf weiteres nur Antwo[illegible] alter [illegible] (Umtauschwert 25 Centimes) verkauft. — Im [illegible]sland [illegible]hnende Empfänger von Briefen aus Deutschland [illegible]eklage[illegible] sich häufig, daß ihnen beim Umtausch deutscher Antwortscheine nur Marken im Wert der halben Gebühr für einen Brief nach Deutschland verabfolgt worden seien. Diese Klagen sind darauf zurückzuführen, daß die deutschen Absender ihrem Brief nur **einen** Antwortschein beigefügt hatten. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß, wenn der deutsche Absender eines Briefes nach dem Ausland die volle Gebühr für einen Antwortschein vorausentrichten will, er seinem Schreiben bis auf weiteres **zwei** Antwortschreiben beifügen muß, da im Ausland nur für 2 deutsche Scheine eine Freimarke im Wert der einfachen Auslandsbriefgebühr abgegeben wird.

Für Gemeinwirtschaftspolitik. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes faßte in seiner Sitzung eine **Entschließung zu der Wirtschaftslage,** in der eine Änderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur **Gemeinwirtschaft** gefordert wird. Es sei eine Wirtschaftsorganisation herbeizuführen, die der kapitalistischen Ausbeutung durch Privatmonopole ein Ende mache und den wahren Zwecken einer organisierten Wirtschaft zur Deckung des Gesamtbedarfs der gesamten Bevölkerung diene. Der Ausschuß verkenne jedoch nicht, daß die Hauptursache der **wirtschaftlichen Notlage des** deutschen Volkes in dem **außenpolitischen Druck** liege. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses fordert deshalb der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß im Interesse des Wiederaufbaues Europas die Gewaltpolitik gegen Deutschland endlich aufgegeben und der Weg zu einem wahren Frieden und zur Versöhnung der Völker eingeschlagen werde.

* **Auflösung der Reichspostgewerkschaft.** Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten teilt mit: Der der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten angeschlossene **Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten** hat infolge eines Verbandstagsbeschlusses den **Austritt** aus dem **Deutschen Beamtenbund** erklärt, wodurch zwangsläufig auch der Austritt aus der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Reichspostgewerkschaft erfolgen mußte. Diese hat zur Klärung der Organisationslage am 24. September einen außerordentlichen Gewerkschaftstag abgehalten, der die Auflösung der Reichspostgewerkschaft beschlossen hat, damit der Zusammenschluß aller Postfachverbände auf neuer Grundlage herbeigeführt werden kann. Ein vom Gewerkschaftstag eingesetzter Ausschuß soll sofort Beratungen hierüber aufnehmen und deren Ergebnis den Postfachverbänden unverzüglichst unterbreiten.

* **Frankfurter Herbstmesse.** Um berechtigten Klagen von Messebesuchern wegen Übervorteilung in Gastwirtschaften vorzubeugen, hat das Frankfurter Meßamt für die bevorstehende Herbstmesse vom 8. bis 14. Oktober in einer Reihe von Restaurants, die in unmittelbarer Nähe der Messestadt gelegen sind, einen wohlfeilen, aber ausreichenden **Messe-Mittagstisch** eingerichtet. Auf diese Weise ist für wenigstens **zehntausend Personen** verhältnismäßig billige **Verpflegungsmöglichkeit** geschaffen worden. Näheres wird durch große Schilder vor dem Meßamt und auf dem Messegelände rechtzeitig bekanntgegeben.

27. Hauptversammlung des Bundes Deutscher Bodenreformer in Karlsruhe.

Am 29. Sept., vormittags 9½ Uhr, wurde im Kleinen Festhallesaal die Tagung des Bundes Deutscher Bodenreformer eröffnet. Herr Dr. **Damaschke,** der nunmehr 25 Jahre Vorsitzender des Bundes Deutscher Bodenreformer ist, eröffnete die Sitzung mit einem Dank an die badischen Behörden, vor allem an Arbeitsminister Dr. Engler und an die Stadt Karlsruhe. Staatspräsident Dr. **Hummel** begrüßte den Bund Deutscher Bodenreformer und versicherte, daß die badische Regierung wärmstes Verständnis den Bestrebungen der Bodenreform entgegenbringe. Minister Dr. **Engler** führte aus, daß die badische Regierung bestrebt sei, städtische und ländliche Siedlungen zu fördern. Es sei aber zu bedenken, daß Baden sowieso ein Bauernland sei. Oberbürgermeister Dr. **Finter** begrüßte im Namen von Karlsruhe und des Deutschen Städtetages die Versammlung. Bodenreformerischer Geist erfülle die Körperschaften. Die Wohnungspolitik der Stadt ist bodenreformerisch eingestellt. An eigenem Grundbesitz habe Karlsruhe 1400 Hektar Land. 8600 Kleingärten existierten in Karlsruhe bei 37 000 Familien. Regierungsrat Dr. **Wenzel** versicherte als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, daß immer weiter im Sinne der Bodenreform gearbeitet würde. In nächster Zeit gehe dem Reichsrat ein Gesetz für die Neuregelung des Verkehrs mit landwirtschaftlichen Grundstücken zu. Das Vorkaufsrecht werde neu gestaltet. Die Initiative der Durchführung

Die Wies'n.

München, Ende September.

Nicht nur von **Einheimischen,** deren **Lokalpatriotismus** desto hemmungsloser ist, je weniger sie aus dem Bannkreis der „Frauentürme" und des „Alten Peters" hinausgekommen sind, und von Fremden, sondern von dem Vorsitzenden des Vereins reisender Schausteller haben wir es schwarz auf weiß, daß die „Wies'n", das Münchner Oktober- und Bayrische Nationalfest das eigenartigste und großartigste Volksfest der Welt ist. Worin diese eigenste und größte Art liegt, wird verschieden beantwortet werden, je nachdem einer die Frage von einem höheren, sozialgeschichtlichen oder von einem niedereren, wirtschaftlichen, besser gesagt bierwirtschaftlichen und saufologischen Standpunkt aus betrachtet. In unserer Zeit der Traditionslosigkeit bedeutet es immerhin etwas, wenn ein vom ganzen Lande in der Hauptstadt mitgefeiertes Volksfest seit über hundert Jahren so regelmäßig stattgefunden hat, daß nur die Kriegsjahre 1813, 1866, 1870 und 1914—19 neben den Cholerajahren 1854 und 1873 eine Ausnahme machten und daß selbst in den Zeiten der größten Volksnot, die wir jetzt erdulden müssen, keine Ausnahme gemacht wird. Nur der Tod oder Cholera, hatten wir als junge Studenten bestimmt, entschuldigt das Wegbleiben von der Kneipe: — und so wird es auch beim Oktoberfest gehalten. Mag die deutsche Welt sonst in Trümmer gehen, wenn sie nur heut' noch hält, — solange die Wies'n zu Füßen des ehernen Riesenweibes „Bavaria" und ihres gemütlichen Löwen die ungeheure Budenstadt trägt Denn die Münchener Brauereien haben schon vor einem Vierteljahr große Mengen nahrhaften, alkoholstarken Märzenbieres eingesotten, dessen Qualität seinesgleichen vergeblich sucht auf der buckligen Erde, und dieser Göttertrank muß volkswirtschaftlich verwertet werden, die Maß zu 50 Papiermark. Zwar hatte die „maßgebende" Behörde Gewissensbisse gefühlt und versucht, den Ausschank des verschwenderischen und berauschenden Getränkes zu verbieten, sintemalen man auch bei einem guten Bier mit geringerer Stammwürze so fröhlich sein könne, wie es sich in dieser unlustigen Zeit gezieme, aber es zeigte sich, daß die Brauereien immer noch — buchstäblich und im übertragenen Sinne — die maßgebenden sind in München. Man erklärte, daß das Verbot zu spät erlassen sei und daß es nicht angehe, die versottene Gerste in Graupen oder Malzkaffee umzuwandeln. Das Ministerium mußte zugeben, daß diese Erklärung ganz logisch durchdacht war und gestattete den Starkbierausschank. Aber auch der wohlmeinende Versuch der Behörde, die Polizeistunde für die Wies'n von 10 Uhr auf 8 Uhr zurückzuschrauben, erwies sich als untauglich. Die Behörde hatte diese Rechnung ebenfalls ohne die Wirte gemacht, und es blieb dabei: Es wird bis 10 Uhr weiter ge—trunken.

Aber nicht allein von der Staatsgewalt wurden solche erschröckliche Anschläge auf das Oktoberfest unternommen, sondern auch von dem hohen Stadtrat. Dieser war der Meinung, daß aus den Wies'nlustbarkeiten nicht genug Abgaben für Wohlfahrts- und Stadtsäckelzwecke herausgeholt werden könnte. Obgleich es recht viele Menschen auch in München gibt, die, wenn sie etwas zu verordnen hätten, eine Sondersteuer von 10 oder 20 Mark auf jede Wies'nmaß und jede Eintrittskarte zu einer sonstigen Wies'nlustbarkeit legen würden, mußte schließlich der Stadtrat von seinen hochgesteckten Steuerzielen manches ablassen; denn die Herren und Damen Schausteller und Schaustellerinnen nahmen sich die Wies'narbeiter zum Vorbild und streikten, d. h. sie öffneten ihre Pforten zur irdischen Glückseligkeit nicht eher, bis der Stadtrat einigermaßen nachgegeben hatte. Das Unerhörte geschah: — am ersten Wies'nsonntag 17. Sept. 1922, der vom schönsten Wetter begnadet war, waren wohl so große Volksmassen auf der Festwiese versammelt wie noch nie, die unübersehbare Menge der Schaubuden und „Volksbelustigungsunternehmungen" sperrten aber überzeugungstreu und tapfer das Publikum aus, nach dem bekannten Satze: „Es geschieht meinem Vater ganz recht, daß es mich in die Hände friert: — warum kauft er mir keine Handschuhe!" Es war ein merkwürdiges Bild. Von allen Seiten das in die Festwiese hinein und durch die Budenstadt flutende Volk, und keine Bude, kein Karussel, kein Achter- oder Wasserbahn, kein Theater in Betrieb. Nur ein Zirkus hatte unter dem Schutze von Polizisten den Streik gebrochen. Sogar die Pächter der Riesen-Bierhallen bekundeten ihre Solidarität mit den Schaustellern dadurch, daß sie erst von 4 Uhr an die Musik spielen ließen. So schoben sich die Massen nahezu lautlos über die Wies'n und in den trotz alledem wie noch nie überfüllten Kolossalzelten ging die Vertilgung des Märzenbieres verhältnismäßig stille vor sich. Als aber dann die Musik einsetzte, durfte sie auf behördliche Anordnung hin nicht einmal mehr die Münchner Nationalhymne* bei jedem neuen Banzen intonieren. Wie recht die Behörde mit diesem Verbot getan hatte, zeigte sich schon gegen 5 Uhr, als trotz des Mangels an dieser anregenden Musik — zahlreiche Betrunkene durch die Straßen torkelten. Ich weiß nicht, ob nicht bei diesem Anblick so mancher gute Bayer heimlich sogar eine Berliner Verordnung gebilligt hätte, die die Herstellung und den Ausschank von Starkbieren für ganz Deutschland verbietet, auch wenn einige Großbrauer Zeter u. Mordio schreien.

Der hohe Preis des Starkbieres wie aller übrigen „Genüsse" auf der Wies'n ist durchaus kein Hindernis für einen Massenkonsum. Das erklärt sich besonders daraus, daß die jugendlichen Arbeiter und die Bauern aus ganz Bayern ein starkes, ja heute das stärkste Wies'nkontingent stellen. Diese Glücklichen sind so reichlich mit Groß-Papiergeld versehen, daß sie ohne Schwierigkeit in die Lücken springen können, die auf den Bierbänken mancher anderer Stände und Berufsgruppen entstanden sind. Namentlich unsere Bauern haben gelernt, ihr Geld „anzulegen"; die einen kaufen ihren Kindern bis herab zu den Säuglingen die elegantesten Fahrräder, den Mädeln außerdem Nähmaschinen und allerhand nützliche Gegenstände von Wert, die anderen stapeln Ballen Stoffe und ganze Lager an Schuhen, Kleidern, ja selbst Luxuswaren und Pelzen auf, die Vernünftigsten bauen ihre Höfe aus. Dieser glückliche Zustand, den ich den Bauern übrigens herzlich gönne, weil sie immerhin fleißig produzieren, ist von großem Einfluß auf den „Erfolg" unseres Oktoberfestes, aber auch mit dafür verantwortlich, daß unsere Münchener Läden und Warenlager zum Teil bereits ausverkauft sind. Die bayerische Verordnung, die in diesen Tagen wieder eine schärfere prohibitive Kontrolle der Ausländer in Bayern einführt, kommt wie das Märzenbierverbot reichlich spät. Unsere Landbewohner, die nach und nach wohl wissen, wo sie mit ihrem massenhaft verdienten Papiergeld „hin sollen", haben redlich das weggeschleppt, was uns die ausländischen Valuta-Athleten und einheimischen Schieber noch gelassen hatten.

Mag also die Wies'n heuer mehr denn je besucht sein, mögen dort eine noch größere Zahl von Hektolitern Starkbier getrunken und Dutzende von ganzen Ochsen neben Tausenden von Hühnern („Hendln") und Fischen gebraten werden, es mehren sich doch auch die entschlossenen Gegner der — Münchner Nationalhymne. Dr. Friedrich Möhl.

* „Oans, zwoa, drei: — gsuffa!!!"

sei bei den Ländern. Abgeordneter **Peine als Vertreter** des Reichswirtschaftsministeriums hob die wirtschaftliche Bedeutung des Artikels 155 hervor.

Dann kamen zu Worte Professor **Lossen** für die katholische Kirche, Stadtpfarrer **Seufert** für die evangelische Kirche und den Zentralausschuß für innere Mission. Ferner der Altkatholik **Kreuzer** und als Vertreter der jüdischen Kirche **Ettlinger**. Sie hoben die ethische Bedeutung der Bodenreform hervor. Oberregierungsrat **Rusch** aus Sachsen bat die Badener, den Reichsheimstättengedanken auch in Baden zu verwirklichen. Landtagspräsident **Peus** rief in die Versammlung: „Reich tue deine Pflicht und hilf der Bodenreform. Sie baut auf." Dann kamen noch zu Worte Herr Professor **Höpfner** von der technischen Hochschule in Karlsruhe und **Gebhard** von der Landwirtschaftskammer, der hervorhob, daß die Bodenreform dazu berufen sei, die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu überbrücken. **Rümmele**, Deutscher Gewerkschaftsbund, **Erb** für die übrigen Gewerkschaften und den neugegründeten Landesheimstättenausschuß betonten, daß Bodenreform und Arbeit zusammen gehören. Begeisterte Worte rief Professor **de Jonge**-Danzig der Versammlung zu, daß das deutschempfindende Land die Bodenreform als ein rettendes Element aus der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Not anerkenne. Dr. **Adensauer** (Deutschösterreich), verlangt, daß endlich auch ein Gau Österreich zum Bund der Deutschen Bodenreformer gehöre. Drum weg mit den politischen Grenzen. Sodann kam der Hauptredner des Vormittags, Dr. Adolf **Damaschke**, zu Worte. Er führte aus, daß die Bodenreform zur Weltfrage gehörte. In Rußland erkenne man, daß nicht der Bolschewismus siegen werde, sondern die Bodenreform. Bulgarien, Palästina, Dänemark und andere Staaten führten teilweise oder ganz Bodenreform-Forderungen durch, wie z. B. Grundrentensteuern, Siedlungen usw. Nichts mit der Bodenreform habe aber die Tätigkeit in der Tschechei und in den russischen Randstaaten zu tun, die nur darauf ausgehen die deutschen Minderheiten zu vertreiben. Auf die Verhältnisse in Deutschland zu sprechen kommend, hob der Redner hervor, daß wir dem Volk wieder eine Hoffnung geben müßten in seiner Not und zwar die Hoffnung auf ein Heim und damit auf wirtschaftliche und moralische Gesundung. Keine soziale oder wirtschaftliche Neuerung kann ohne Bodenreform beginnen, wenn sie von Erfolg gekrönt sein will. Auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse zu sprechen kommend, unterstrich Damaschke das Mißgebilde der Land-Siedlungsverbände, wie es durch das Reichssiedlungsgesetz geschaffen ist. Es ist ausgeschlossen, daß der Großgrundbesitz sich selbst enteignet. Um die Bodenreform durchzuführen müssen wir erreichen, daß die Vertreter der Länder und des Reiches aufgeklärt werden über die Bedeutung der Bodenreform. Wenn die Abgeordneten Hüter des Staates sein wollen, so müssen sie vor allem erkennen, daß wir ein neues Bodenrecht brauchen.

Nachmittags sprach Ministerialdirektor Dr. **Fuchs**-Karlsruhe über Wasserwirtschaft und Bodenreform. Er hob die Bedeutung der Wasserenergien und der Wasserwege hervor und verlangte, daß sie im Interesse der Allgemeinheit genutzt werden müssen. Nicht dürften die Naturkräfte bedingungslos dem Privatkapitalismus ausgeliefert werden. Dann sprach Geheimrat Dr. **Schrammeier**, der frühere kaisel. Kommissar in Kiautschou, über die kulturelle Bedeutung des Kleingrundbesitzes im Lichte der Geschichte. Die Geschichte beweise, daß Völker mit landwirtschaftlichem Kleinbetrieb größere Widerstandskraft haben wie Völker mit Latifundienwirtschaft. China und Rom sind die Beispiele hierfür. Die Aufgabe des Bundes Deutscher Bodenreformer ist es, den Artikel 155 der deutschen Reichsverfassung so zu verwirklichen, daß wir eine gesunde Bodenbesitzverteilung bekommen. Jeder der arbeiten will, müsse Boden erhalten. Er fordert, daß der Bund der Bodenreformer seine Tätigkeit vor allem auf die Verwirklichung dieses Ideals einsetze.

Besuche der Siedlungen in der Umgebung von Karlsruhe.

Die Teilnehmer des badischen Heimstättentages besuchten am Mittwoch nachmittag in mehreren Gruppen die **Mieter- und Handwerkerbaugenossenschaft** im Hardtwald, die Siedelung der **Eigenhand-Baugenossenschaft** nördlich der Telegraphenkaserne und die **Gartenstadt Karlsruhe-Rüppurr**. Im Hardtwald haben sich Wohnungssuchende und Bauhandwerker zum Bau von Wohnungen vereinigt. Die Siedelungsform des Einfamilienhauses mit Kleinviehstall und Garten hat sich gegenüber einem Versuch mit Stockwerkswohnungen, d. h. zwei Wohnungen übereinander in einem Haus, als die weitaus bessere für genossenschaftlichen Betrieb bewährt. Die **Siedelung der Eigenhand-Baugenossenschaft** besteht durchweg aus Einfamilienhäusern, meist in Doppelhausform mit sehr reichlichem Gartengelände. Jedes Mitglied ist außer zu einem gewissen geldlichen Beitrag dazu verpflichtet, eine bestimmte Zahl Arbeitsstunden auf dem Bauplatz zu leisten, sei es in seinem Fach als Bauhandwerker oder als ungelernter Arbeiter beim Anfertigen der Zementhohlsteine u. dergl.

Die Gartenstadt **Rüppurr** hat 1911 mit dem Bau der ersten Häuser begonnen und verfügt am Ende dieses Jahres über 381 Wohnungen mit etwa 1800 Bewohnern. Jedem Haus ist ein Grundstück von 150—1000 Quadratmeter beigegeben. Es sind sieben verschiedene Haustypen gebaut worden. Die Mitgliederzahl der Gartenstadt hat sich von 234 im Jahre 1907 auf 1063 im Jahre 1922 erhöht. Die Bewohner setzen sich wie folgt zusammen: Bahnarbeiter und Beamte 45 Prozent; Postbeamte 9 Prozent; Schriftsetzer, Drucker, Industriearbeiter 10 Prozent; Privatbeamte und Körperschaftsbeamte 8 Prozent; Beamte des badischen Staates 6 Prozent; städt. Beamte, selbständige Handwerker und Gewerbetreibende, Professoren, Ärzte und Lehrer je 4 Proz.

Geheimrat Anton Beck †.

Der Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden, Geheimer Oberregierungsrat Anton **Beck**, ist gestern abend im 66. Lebensjahr gestorben. Mit ihm ist nicht nur ein hervorragender Verwaltungsbeamter, sondern auch eine führende politische Persönlichkeit unseres Landes in der Vorkriegszeit dahin gegangen. Als Sohn eines Regierungsrats in **Karlsruhe geboren**, besuchte er das Gymnasium seiner Vaterstadt und studierte in Freiburg und Heidelberg Rechtswissenschaft. Im Jahre 1889 erfolgte seine Ernennung zum Amtmann. 1892 wurde er Oberamtmann, 1894 Amtsvorstand in Eberbach, 1902 in Bruchsal und 1908 in Lahr. Am 23. November 1914 wurde Geheimrat Beck an die Spitze der **Landesversicherungsanstalt Baden berufen**. Er hat sich hier besonders auf dem Gebiete des **Heilverfahrens** große Verdienste erworben; er war Beirat für das Kindersolbad Dürrheim, hat die Kolonie Hirschhalde für chirurgische Tuberkulose gegründet, und noch in den letzten Monaten hat er der Heilkolonie Nordrach und dem dortigen Neubau sein besonderes Interesse zugewandt.

Schon früh nahm Geheimrat Beck am politischen Leben unseres Heimatlandes teil. Er gehörte der früheren Nationalliberalen Partei Badens an und wurde von ihr zum erstenmal im Jahre 1908 als Vertreter des Wahlkreises Heidelberg-Eberbach in den **Reichstag** entsandt. Zu Beginn des Krieges legte er infolge seiner Berufung nach Karlsruhe sein Mandat, das er mit großer Sachkenntnis und vorbildlicher Gewissenhaftigkeit ausgeübt hatte, nieder. Im Reichstag ist es als **Referent für den Postetat** und reger Befürworter **landwirtschaftlicher** Interessen hervorgetreten.

Personentariferhöhung bei der Reichsbahn.

Auf 1. Oktober 1922 werden die Personenfahrpreise um etwa **50 v. H. erhöht**. Die hiernach festgesetzten Einheitssätze für 1 Person und 1 Kilometer betragen: in der 4. Klasse 45 Pfennig, in der 3. Klasse 67,5 Pf., in der 2. Klasse 112,5 Pfennig, in der 1. Klasse 202,5 Pf., für Militär 20 Pf.

Die so berechneten Fahrpreise werden bis zu 10 M. auf 0,50 M., über 10 M. auf volle Mark aufgerundet.

Die **Mindestfahrpreise** betragen in der 4. Klasse 2,50 M., in der 3. Klasse 3,50 M., in der 2. Klasse 6 M., in der 1. Klasse 11 M.

Die **Schnellzugszuschläge** werden wie folgt festgesetzt: für die Zone I (1—75 Kilometer) in der 3. Klasse auf 15 M., in der 1/2. Klasse auf 30 M., für die Zone II (76—150 Kilometer) in der 3. Klasse auf 30 M., in der 1/2. Klasse auf 60 M., für die Zone III (über 150 Kilometer) in der 3. Kl. 45 M., in der 1/2. Kl. auf 90 M.

Die Erhöhung der Fahrpreise um 50 v. H. erstreckt sich auch auf die Preise für **Zeitkarten** aller Art. Zur Schonung des Siedlungsverkehrs wird der sogenannte Notstandstarif, demzufolge die **Monatskarten** schon jetzt zu nur 16 Einzelfahrten die **Wochenkarten** zu 4 Einzelfahrten berechnet werden, in seiner verbilligenden Wirkung noch dadurch verstärkt werden, daß vom 1. Oktober 1922 ab der Berechnung der Monatskarten nur 14 Fahrten, der Wochenkarten nur 3,5 Fahrten zugrunde gelegt werden.

Der **Preis der Hundekarten** beträgt künftig die Hälfte des Fahrpreises 3. Klasse, der Preis der Bahnsteigkarten wird auf 1,50 M., die Gebühr für Erlaubniskarten zum Betreten der Bahnsteige zum Aufgeben oder Abholen von Zeitungsbahnhofsbriefen auf 30 M. monatlich festgesetzt.

Der Einheitssatz für Reisegepäck beträgt künftig 15 Pf. für 10 Kilogramm und 1 Kilometer. Mindestens werden 15 M. für eine Sendung erhoben.

Mit Fahrkarten, die in der Zeit vom 28. bis 30. September 1922 gelöst werden, muß die **Fahrt spätestens bis zum 30. September angetreten werden.** Dies gilt auch für die Rückfahrt bei Doppelkarten und bei Fahrkarten, die zur Fahrt in umgekehrter Richtung gelöst sind.

Fahrscheinhefte des Mitteleuropäischen Reisebüros, die mit einem in die Zeit vom 6. August bis 30. September 1922 fallenden Tag abgestempelt sind, gelten nur bis zum 3. Oktober 1922. Ferner muß mit solchen Fahrscheinen die Reise (bei Fahrscheinheften für Hin- und Rückfahrt auch die Rückreise) spätestens am 30. September 1922 angetreten werden.

Bahnsteigkarten, die bis zum 30. September 1922 gelöst sind, sind vom 1. Oktober ab zum Betreten der Bahnsteige nicht mehr gültig.

Nähere Auskunft erteilen die Betriebsinspektionen, Stationsämter und das Verkehrsbüro der Reichsbahndirektion.

Kinderhilfsaktion des Heidelberger Jugendamts.

Die diesjährige Kinderhilfe des Heidelberger Jugendamts hat nunmehr die Summe von einer halben Million erreicht. Außer einer vorbildlich organisierten Haus- und Straßensammlung fanden eine Reihe wohlgelungener Veranstaltungen statt, u. a. eine reichhaltige Werbeaufführung der gesamten Heidelberger Volksschulen, welche von den weitesten Schichten der Bevölkerung besucht war und wiederholt werden mußte. Im Mittelpunkt der Organisation, sowohl in geistiger wie in finanzieller Hinsicht standen die **Freilichtspiele im Schloßhof**: „Hebbels Nibelungen", die bei Tausenden von Zuschauern eine tieferschütternde Wirkung hinterließen. Das günstige Gesamtergebnis konnte nur durch die opferwillige Hingabe der ehrenamtlichen Kräfte aus den Frauenorganisationen und Jugendverbänden und deren verständnisvolles Zusammenwirken mit dem Jugendamt selbst erreicht werden. — Die Heidelberger Kinderhilfe soll als ständige Einrichtung des Jugendamtes beibehalten werden.

Polizeiliche Beratungsstelle zum Schutze gegen Einbruchsgefahr.

Die in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart und anderwärts mit der Einrichtung von Beratungsstellen zum Schutze gegen Einbruchsgefahr gemachten Erfahrungen haben den Nachweis erbracht, daß diese Stellen sich sehr gut bewährt haben. Diese Erfahrungen sollen nun auch in **Karlsruhe** verwertet werden. Es besteht nämlich, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, die Absicht, auch hier eine polizeiliche Beratungsstelle zum Schutze gegen Einbruchsgefahr zu gründen. Die Vorteile einer solchen Einrichtung, die wie in Hamburg mit dem Kriminalmuseum in Verbindung stehen würde, liegen auf der Hand.

Aufgefundenes Geld.

* **Es wurde aufgefunden** im Monat **August**: am 6.: im Albtalzug 213 der Betrag von 76 M., abgeliefert in Ettlingen; am 30.: auf dem Bahnhof Müllheim ein Geldbeutel mit 228 Mark 65 Pf.; im **September**: am 3.: im Zug 912 eine Tasche mit 1078 M., abgeliefert in Müllheim, im Zug 1708 ein Geldbeutel mit 229 M., abgeliefert in Hausen-Raitbach; am 4.: auf dem Bahnhof Karlsruhe ein Geldbeutel mit 402,85 M.; am 5.: im Zug 1437 eine Tasche mit 121,15 M., abgeliefert in Singen (Hohentw.), im Zug 671 ein Geldbeutel mit 220,40 M., abgeliefert in Radolfzell, auf dem Bahnhof Kehl der Betrag von 10 100 M.; am 7.: auf dem Bahnhof Basel, Bad. Bf., der Betrag von 100 M., im Zug D 156 der Betrag von 100 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 8. im Zug 3980 ein Geldbeutel mit 214,50 M., abgeliefert in Meckesheim, auf dem Bahnhof Karlsruhe ein Geldbeutel mit 55,75 M.; am 10. auf dem Bahnhof Konstanz eine Tasche mit 60 M.; am 11. im Zug 1418 ein Geldbeutel mit 586,70 M., abgeliefert in Appenweier, im Zug 911 ein Geldbeutel mit 226,05 M., abgeliefert in Bruchsal; am 12. im Zug D 208 ein Geldbeutel mit 224,35 M., abgeliefert in Basel, Bad. Bf., auf dem Bahnhof Neustadt im Schw. ein Geldbeutel mit 206 M.

Landestheater.

Fliegender Holländer.

Allegro con brio. Durch das Theater rauscht die herrliche Ouvertüre der romantischen Wagneroper. Während die Sturmmusik einsetzt und das Erscheinen des Geisterschiffes ankündet, wetterleuchten fahle Blitze eines abziehenden Gewittersturmes über der Stadt. Das Haus ist dicht besetzt.

*

Die Rollen lagen in bewährten Händen. Der Holländer Max Büttners — mit am Anfang etwas unfreier Stimme — bot eine gesanglich wohlabgerundete Leistung. Klar und eindrucksvoll wurde das Maestoso des ersten Aktes gesungen. Das Duett mit dem norwegischen Seefahrer Daland (Dr. Wucherpfennig) war für Bariton und Baß eine Probe inniger Gestaltungskunst. Das Duett mit Senta (mit herrlicher Oboen- und Hörnerbegleitung) gelang Herrn Büttner gesanglich meisterlich und erfuhr eine große Steigerung, die den Wohllaut des Zusammenklangs beider Stimmen recht offenbarte. Die Maske des Fliegenden Holländers u. Sturmfahrers der Meere dürfte aber schon etwas weniger derjenigen Büttnerschen Christuskopfes sich nähern. Dr. Wucherpfennig gelang gesanglich und darstellerisch die Gestalt des etwas vierschrötigen, von Berechnung nicht ganz freien, gutmütigen Seefahrers Daland ausgezeichnet.

*

Frau Hedy Iracema-Brügelmann sang Dalands Tochter Senta. In der stimmungsvollen Ballade konnte sie ihr großes Stimmenmaterial recht zur Auswirkung bringen. Im Verlaufe der beiden letzten Akte kam ihr warmes und glutvolles Organ erst zur gewohnten Entfaltung. Duette und Ensemblesätze beherrschte sie mit einem reichen, tragfähigen Sopran. Eine gewisse Indisponiertheit mag Schwankungen in den hohen Nachschlagssechzehnteln des Erlösungsmotives entschuldigen.

*

Mit sympathischer Stimme, reiner Klangfarbe und einer dramatisch nennenswerten Ausdruckskraft, sang Herr Wilhelm Nentwig den verschmähten Liebhaber Erik. Seine Traumerzählung, begleitet im Sostenuto von den pianissimo Sechzehnteln der Bratschen, den langgezogenen Horn- und Fagottstimmen, dem Pizzicato der Kontrabässe und den Cellozwischenfiguren, waren mit der mehr melodischen F-dur Kavatine der letzten Szene dramatisch hervorragende Leistungen.

Den Steuermann sang recht geschmeidig Herr Kalrbach, Marie Mosel-Tomschick hatte die kleinere Rolle der Amme Mary übernommen.

*

Das Orchester beweist immer wieder von neuem die Vorzüglichkeit als Klangkörper, seine Leistungsfähigkeit in der Wiedergabe großer Opernmusik. Herr Alfred Lorentz hatte die Leitung. Die Ouverture wurde mit viel Verve und Einfühlung gespielt. Das Duett-Ensemble im ersten Akt (Allegretto giusto) mit den Klagen des Holländers und den Freuderufen Dalands wußte Herr Lorenz gut zu schattieren. An kleinen Stellen drang das Orchester an Lautstärke wenig vor. Eine Allegrostruktur dürfte hier mehr unterstrichen werden. Die Szene in der Spinnstube (mit dem meines Erachtens leider stets so überspannten Hinstarren Sentas auf das Holländerbild) war recht belebt. Der Chor lag ausgezeichnet, war sicher in den Einsätzen und frei von stetem Blick nach dem Dirigenten. Besonders im dritten Akt war der umfangreiche Chor dramatisch lebendig geführt.

*

Der Bühnenbilder wirksamstes war der erste Akt — ein marionettenhaftes Spiel, aber die letzte Fahrt des Geisterschiffes und sein Untergang. . .

Adolf Himmele.

Indisches Narrenbuch.

Im Verlage H. Haessel-Leipzig erscheinen im Rahmen der Sammlung Indische Erzähler, Band 5: „Zwei indische Narrenbücher". Die zweiunddreißig Bharatata-Geschichten und Sómadêwas Narrengeschichten. Vollständig verdeutscht von Johannes Hertel. Mit Erlaubnis des Verlegers nehmen wir aus der Fülle der ausgezeichnet übertragenen Fabeln einige von besonderer Schlagkraft. Wir sehen in diesen indischen Geschichten eine Verwandtschaft mit dem alten deutschen Lakenbuch, das zum Vorbild unserer Schildbürger-Anekdoten geworden ist.

Der erste Name auf der Narrenliste.

Eines Tages kam eine Anzahl von Kaufleuten zu einem König und bot ihm Rosse zum Kauf an. Dem König gefielen die Pferde sehr; er kaufte sie und gab den Kaufleuten ein Lakh (= 100 000 Rupien) über den Kaufpreis, indem er sie beauftragte, aus ihrem Heimatlande nochmals Rosse zu bringen. Darauf verabschiedeten sich die Händler von ihm.

Eins Tages war der König bei guter Laune und trunken, und in diesem Zustand sagte er zu seinem Kanzler: „Schreib' mir doch einmal die Namen aller Narren auf!"

Der Kanzler erwiderte untertänigst: „Die habe ich bereits aufgeschrieben, und der erste aller Namen ist der Name Eurer Majestät."

„Weshalb?" fragte S. Majestät, und der Kanzler sprach:

„Das Lakh Rupien, welches den Kaufleuten ohne einen Bürgen und ohne Angabe ihres Wohnortes gezahlt wurde, damit sie weitere Rosse bringen, ist ein Beweis für die Narrheit."

Der König fragte: „Und wenn die Kaufleute nun die Rosse bringen?"

Da sagte der Kanzler: „Wenn sie sie bringen, dann will ich den Namen Ew. Majestät aus der Narrenliste streichen und die Namen der Kaufleute an seine Stelle setzen.

Der Wunsch des Buckligen.

Ein Buckliger ward gefragt: „Was wäre dir lieber: daß dein Rücken gerade würde, oder daß die Rücken der andern Menschen gerade so krumm würden wie deiner?" Er gab zur Antwort: „Ich wollte die Rücken der anderen Menschen würden zu Buckeln; dann wollte ich sie nicht mit solchen Augen ansehen, mit denen sie mich betrachten."

Die sechs Brote.

Ein Mann kaufte täglich sechs Brote. Eines Tages fragte ihn ein Freund: Was tust du mit den sechs Broten, die du Tag für Tag kaufst?" Er antwortete: „Ein Brot behalte ich, eines werfe ich weg, zwei erstatte ich zurück und zwei leihe ich aus."

Sein Freund sagte: „Ich verstehe kein Wort von dem, was du sagst; erkläre dich deutlicher!"

Da sagte der andere: „Das Brot, das ich behalte, ist das, welches ich esse. Das Brot, das ich wegwerfe, ist das, welches ich meiner Schwiegermutter gebe. Die beiden Brote, die ich zurückgebe, sind die, welche ich meiner Mutter und meinem Vater reiche, und die beiden, die ich ausleihe, sind die, welche ich meinen Söhnen gebe."

Das Andenken.

Ein Mann war mit einem Geizhals befreundet. Eines Tages sagte er zu dem Knicker: „Ich muß jetzt verreisen; gib mir deinen Ring. Ich will ihn bei mir tragen, und so oft ich ihn sehe, will ich deiner gedenken."

Da gab ihm der Geizige zur Antwort: „Wenn du meiner gedenken willst, so sieh nur immer auf deinen leeren Finger; denn dann wirst du dich meiner erinnern, weil dir einfällt, das du mich um meinen Ring gebeten hast und daß ich dir ihn nicht gegeben habe."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten aus Baden.

Abrufen in den Warteräumen und Bahnhofwirtschaften.

Ab 1. Oktober 1922 wird auf den Stationen **Mannheim** und **Karlsruhe** das Abrufen der Züge in den Warteräumen und Bahnhofwirtschaften **aufgehoben.**

* **Leutkirch**, 30. Sept. Hier fand unter dem Vorsitz von Dr. Freiherr **Schenk von Stauffenberg** die Vollversammlung des Bezirksverbandes **Oberschwäb. Elektrizitätswerke** statt, der auch Ministerialrat Dr. **Michel**-Stuttgart beiwohnte. Den wichtigsten Punkt der Beratungen bildete die **Beschaffung weiterer Geldmittel** zur Vollendung der begonnenen Bauwerke und die Änderung der allgemeinen Stromlieferungsbedingungen. Gegen nur zwei Stimmenthaltungen wurden weitere 500 Millionen Mark für diese Zwecke bereitgestellt. Die Stromabnehmer sind nunmehr verpflichtet, je nach der Größe des Strombezuges **Teilschuldverschreibungen zu übernehmen.** Die Kleinabnehmer sollen für jede Beleuchtungsstelle 250 M., landwirtschaftliche oder gewerbliche Motore für jede Pferdestärke 3000 bis 6000 M., Wärmapparate pro Kilowatt 3000 M., Groß- und Mittelabnehmer für jede Kilowatt-Anschlußleitung 3000 bis 6000 M. tragen.

Aus der Landeshauptstadt.

* **Landestheater.** In der heutigen Wiederholung von Tagores „Postamt" wird Marianne Burkhardt zum erstenmal die Rolle des kranken Knaben „Amal" spielen. — Shakespeares „Komödie der Irrungen" bildet den Schluß des Abends. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. — Der Spielplan der nächsten Woche bringt in der Oper Wiederholungen von „Figaros Hochzeit" und „Othello" welche in der Neueinstudierung anläßlich der Herbstwoche begeistert aufgenommen wurden. Im „Othello" singt die Partie des Jago erstmalig Hr. Weyrauch. Am Sonntag, den 8. Oktober, findet eine vollkommene Neueinstudierung von „Zigeunerbaron" statt. In Vorbereitung ist für den 22. die phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen" von Offenbach in gründlicher Neuinszenierung und Neueinstudierung.

Verschiedenes.

* **Vom Theater in Saarbrücken.** Das Stadttheater in Saarbrücken steht in der kommenden Spielzeit unter neuer Leitung: **Intendant Ernst Martin**, der Gründer und während dreier Jahre erfolgreiche Leiter der Württ. Volksbühne, wurde an die Spitze des Theaters berufen, und zum ersten Male steht ihm, in der Person des Mannheimer Dirigenten **Felix Lederer**, ein städtischer Generalmusikdirektor zur Seite.

Staatsanzeiger.

Bekanntmachung.

Die Prüfung der Nahrungsmittelchemiker, hier Ernennung der Prüfungskommission für das Prüfungsjahr 1922/23 betr.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung vom 18. August 1894, die Prüfung der Nahrungsmittelchemiker betr. (Ges.-B.-Bl. S. 370), wurden für die Kommissionen zur Prüfung von Nahrungsmittelchemikern an den Universitäten Freiburg und Heidelberg sowie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe für 1922/23 als Vorsitzende ernannt:

für die Prüfungskommission in Freiburg: Oberamtmann Geh. Regierungsrat **Hoerst** in Freiburg;

für die Prüfungskommission in Heidelberg: Oberamtmann Geh. Regierungsrat **Jolly** dortselbst;

für die Prüfungskommission in Karlsruhe: Ministerialrat **Arnsperger** im Ministerium des Innern.

Gesuche um Zulassung sowohl zur Vorprüfung als auch zur Hauptprüfung sind mit den vorgeschriebenen Nachweisungen an den Vorsitzenden der betreffenden Prüfungskommissionen zu richten.

Karlsruhe, den 25. Sept. 1922.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:
J. V.: Dr. J. Jung. Zeller.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Versetzt:

Polizeisekretär Nikolaus **Roth** in Pforzheim zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Mannheim, und Polizeisekretär Hermann **Klink** in Mannheim zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Pforzheim.

Justizministerium.

Planmäßig angestellt:

die Aufseher: Wilhelm **Bürkel**, Karl **Bolz** II, Josef **Braun**, Rudolf **Kreuzwieser**, Hugo **Linemann**, Georg **Ludwig**, Fritz **Schönecker**, Fritz **Schulz**, Bernhard **Zabler**, August **Zimmermann** und Albert **Zuflucht** beim Zuchthaus Bruchsal; Hans **Delfabro**, Friedrich **Frieske**, Otto **Höfle**, Johannes **Röderer**, Ludwig **Volk**, Stefan **Wißler** und die Aufseherinnen: Emma **Ehrbrecht**, Berta **Hügel** und Elisabeth **Walter** bei der Landesstrafanstalt Bruchsal, die Aufseher Karl **Blos** Josef [illegible], Benedikt **Gastiger**, Wilhelm **Gertisser**, Philipp **Oestreich**[illegible] von **Koch**, Robert **Scharbach** und Friedrich **Zapf** beim Landesgefängnis Freiburg; Theodor **Baumann**, Alfred **Dreher**, Karl **Flohr**, Gustav **Hartmann**, Wilhelm **Hehl**, Robert **Himstedt**, Alfred **Ludwig**, Adolf **Mayer** und August **Stuhl** beim Landesgefängnis Mannheim; Oskar **Morlock**, Bernhard **Oehler** und Josef **Vetter** beim Amtsgefängnis Karlsruhe, Karl **Raupp** und Gottlieb **Rick** beim Kreis- und Amtsgefängnis Konstanz, Johann **Fecht** beim Amtsgefängnis Rastatt, Heinrich **Amiend** beim Kreis- und Amtsgefängnis Waldshut und Wilhelm **Fesenbeck** bei der Fürsorgeerziehungsanstalt Flehingen.

Versetzt:

die Aufseher Josef **Sick** beim Landesgefängnis Freiburg zur Landesstrafanstalt Bruchsal mit dem Dienstsitz in Ankenbuk, und Ernst **Schörk** beim Amtsgefängnis Freiburg-Holzmarkt zum Landesgefängnis Mannheim.

Zugelassen als Rechtsanwalt:

Gerichtsassessor Dr. Eugen **Weilbauer** beim Landgericht Mannheim.

Auf Zulassung verzichtet:

Rechtsanwalt Karl **Klumpp** in Karlsruhe.

Gestorben:

Rechtsanwalt Gottlieb **Grafer** in Waldshut.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Hauptlehrer Wilhelm **Mahler** an der Volksschule in Schopfheim zum Rektor daselbst.

Ministerium der Finanzen.

Ernannt:

Steuerassistent Theodor **Haas** beim Finanzamt Karlsruhe zum Finanzassistenten bei der Landeshauptkasse.

CYKLONETTE

seit über 20 Jahren bekannt als wirtschaftlichstes Kleinauto. Einfache Bedienung, sehr billiger Betrieb. Verlangen Sie bestimmt noch heute Angebot „K. Z." auf 2-Sitzer, 4-Sitzer oder Lieferwagen von der Cyklon-Maschinenfabrik m. b. H., Berlin W. 8. A582. Eine Postkarte genügt.

Statt besonderer Anzeige.

Unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

Geheimer Oberregierungsrat

Anton Beck

Präsident der Landesversicherungsanstalt Baden

ist gestern abend nach schwerem Leiden wohlvorbereitet sanft entschlafen.

Chemnitz, Karlsruhe (Kaiserallee 8) den 30. September 1922.

Dr. Ing. Walter Beck, Regierungsbaumeister und Frau Erna geb. Puff.
Otto Leers, Ministerialdirektor und Frau Maria geb. Beck.
Die Enkel **Heinz Leers** und **Kurt Beck.** A.659

Beerdigung: Montag, den 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr, Friedhofkapelle.

Seelenamt: Dienstag, den 3. Oktober, vormittags 8 Uhr, St. Bonifaciuskirche.

Statt besonderer Anzeige.

Mein herzensguter Mann, unser innigstgeliebter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Onkel und Schwager

Johann Schmidt

Eisenbahnamtmann a. D.
zuletzt Vorstand des Stationsamtes Pforzheim

ist heute früh von seinem langen Leiden durch einen sanften Tod erlöst worden.

Pforzheim (Hauptbahnhof), Karlsruhe, den 30. September 1922.

Namens der Hinterbliebenen:
Frieda Schmidt, geb. Müller.
Emil Sack, Oberinspektor des Bad. Frauenvereins.

Die Einäscherung findet in Pforzheim am Montag nachmittag 3 Uhr statt. A.658

Bekanntmachung

über Ausfuhrbeschränkung für Wein aus dem Lande Baden.

Auf Grund des Art. 2 der Verordnung über die Versorgungsregelung vom 16. April 1921 (R.G.Bl. S. 486) wird mit Zustimmung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft die Ausfuhr von Wein aus dem Lande Baden nach dem Ausland mit sofortiger Wirkung verboten.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 100000 M. bestraft. P.201

gez. Nemmele. O.Z. 132

Sonntag, den 1. Oktober:

Landestheater:

vorm. 11—12¼ Uhr. 50 M. Morgenfeier: **Ernste und heitere Tänze.**

abends 5½—9½ Uhr: 250 M. **Lohengrin.**

Konzerthaus:

110 Mk. 7 b. g. 10 Uhr 110 Mk.

Alt-Heidelberg.

Dresdner Bank

Eingezahltes Kapital: 550 Millionen M.
Rückstellungen: 400 Millionen M. :-:

Niederlassungen in Baden:

Mannheim :: Heidelberg
Freiburg i. B. :: Konstanz

Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-:

K. 959

Bestecke, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl **Karl Hummel,** 13 Werderstraße 13 Stahlwarengeschäft.
Rasiermesserhohlschleiferei. K.565

Prima gelbe

Speise-Kartoffeln

werden täglich von 2—6 **Uhr** von 50 **Pfund ab** ausgegeben. Preis heute: **Mk. 420.**— pro Zentner.

Saly Haas, Karlsruhe. A.602

Verkaufsstelle: **Alter Bahnhof, Durchgang Kriegsstraße nach der Baumeisterstraße.**

Häuser

vermittelt

Otto Bühler

Liegenschafts-Agentur
Karlsruhe i. B.
Sofienstraße 19
Telephon 2812 A.536

Bekanntmachung.

Bei der heute vorgenommenen Verlosung der 3½prozentigen Schuldverschreibungen der Stadtgemeinde Wiesloch im Betrage von 478 000 Mark vom Jahre 1905 — Stadtanleihe — sind die Nummern: Lit. A Nr. 25, 33 und 87, Lit. B Nr. 64 und 80, Lit. C Nr. 75, 127 u. 148, Lit. D Nr. 18, 47 u. 48 zur Heimzahlung auf 1. Januar 1923 gezogen worden.

Der Kapitalbetrag der gezogenen Schuldverschreibungen kann gegen Rückgabe der letzteren und der dazu gehörigen noch nicht verfallenen Zinsscheine u. des dazu gehörigen Erneuerungsscheins nach Wahl des Inhabers in **Wiesloch** bei der **Stadtkasse**, oder in **Mannheim** bei der **Rhein. Creditbank und deren sämtlichen Zweigniederlassungen** erhoben werden.

Vom 1. Januar 1923 an hört die Verzinsung der gezogenen Schuldverschreibungen auf. A.656

Wiesloch, 20. Sept. 1922.

Der Gemeinderat.

A.203

Bekanntmachung.

Bei der heutigen Verlosung der 3½prozentigen Schuldverschreibungen der Stadtgemeinde Wiesloch im Betrage von 105 000 Mark vom Jahre 1896 — Wasserleitungsanleihe — sind die Nummern: Lit. D Nr. 68, Lit. E Nr. 21, Lit. F Nr. 42, 46 und 69 zur Heimzahlung auf 1. Januar 1923 gezogen worden. A.655

Der Kapitalbetrag der gezogenen Schuldverschreibungen kann gegen Rückgabe der letzteren und der dazu gehörigen noch nicht verfallenen Zinsscheine nebst der dazu gehörigen Zinsscheinanweisung nach Wahl des Inhabers in **Wiesloch** bei der **Stadtkasse** oder in **Frankfurt a. M.** bei der **Dresdner Bank** erhoben werden.

Vom 1. Januar 1923 an hört die Verzinsung der gezogenen Schuldverschreibungen auf.

Wiesloch, 20. Sept. 1922.

Der Gemeinderat.

Ab 1. Oktober d. J. werden die jetzigen Frachtsätze, die Mindestfrachten und Sonderfrachtbeträge, die örtlichen Gebühren (Bahnhoffrachten, Überfuhr-Stellgebühren usw.) die verschiedenen Nebengebühren im Güter- und Tierverkehr sowie die Ausnahmetarife und die Expreßgutfrachten um durchschnittlich 100 Prozent erhöht. P.189

Die im deutschen Eisenbahn-, Personen- und Gepäcktarif Teil I vorgesehenen entsprechenden Nebengebühren wie Wägegelder, Gebühren für nachträgliche Verfügungen, Unbestellbarkeitsmeldungen usw. werden in gleichem Umfang erhöht. Weiter wird ab 1. Oktober 1922 die Mindestentfernung für die Frachtberechnung im Güter-, Tier- und Expreßgutverkehr von 10 Km. auf 5 Km. herabgesetzt.

Im badischen Binnengütertarif Teil II Abt. 1 betragen künftig: Die Gebühren für Beförderung nach Hilfsstationen 75 M., die Anschlußfrachten für Rheinauhafen für je 100 Kg. für Kohlen 270 Pf., für die übrigen Güter 290 Pf., die Ladegebühren im Bodenseeverkehr für 100 Kg. 40 M., die Gebühr für die Verwiegung eines Landwagens 60 M., für Beihilfe beim Ladedienst 180 M. für die Stunde u. 1 Arbeiter, die Gebühr für die Benutzung der Holzverladekranen 220 M. Die Tarife werden auf 1. Oktober l. J. ergänzt. Nähere Auskunft erteilt unser Gütertarifbüro.

Die verkürzte Veröffentlichungsfrist ist auf Grund der vorübergehenden Änderung des § 6 Eisenbahn-Verkehrsordnung (R.G.Bl. 1914 S. 455) genehmigt.

Karlsruhe, 28. Sept. 1922.

Reichsbahndirektion.

Öffentliche Versteigerung gegen Barzahlung **Fundsachen vom 2. Vierteljahr** 1922 und **unanbringliche Güter**, darunter Photographenapparate, Ferngläser, 1 Barometer, 1 Geige mit Kasten, 1 elektr. Bügeleisen, 1 Gramophon, mit Platten, 4 Weinfässer (2 über 600 Ltr., 2 unter 100 Ltr. haltend), Armbänder, Uhren, Ringe und dergl. am **Mittwoch, den 4. Oktober l. Js., vormittags 8 Uhr** und **nachmittags 2 Uhr** beginnend, in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Maxaubahnhof). Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an ausgeboten. P.136

Karlsruhe, 26. Sept. 1922.

Reichsbahndirektion.
Materialamt.

Tariferhöhung.

Infolge Erhöhung der Fahrpreise bei der Städt. Straßenbahn Karlsruhe zum 1. Oktober 1922 werden auf den gleichen Zeitpunkt auch die Fahrpreise im Gemeinschaftsverkehr Albtalbahn—Städt. Straßenbahn Karlsruhe erhöht. Nähere Auskunft erteilen die Stationen und Schaffner. A.657

Karlsruhe, 29. Sept. 1922.

Bad. Lokal-Eisenbahnen A.-G.

Die Generalversammlung vom 10. Aug. 1922 hat die Fusion der Union Brauerei A.-G. mit der Brauereigesellschaft vorm. S. Moninger, beide in Karlsruhe, genehmigt. Die Auflösung der Union Brauerei A.-G. ist inzwischen im H.-Rg. Karlsruhe eingetragen worden. Wir fordern deshalb laut § 306 des HGB. die Gläubiger der Union Brauerei A.-G. auf, ihre Ansprüche bei uns geltend zu machen.

Karlsruhe, 27. Sept. 1922.

Brauereigesellschaft vorm. S. Moninger, Karlsruhe.

Druck der Karlsruher Zeitung.